

Landes-Zeitung.

Zweihunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2 50 M. bei auswärts 3 M. ...

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Oswald Schultze in Halle.

[Zerchuldungsverbindung Nr. 176.]

Nr. 285.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 22. Juni

1898.

Deutsches Reich.

Soldat- und Personalnachrichten.

Am 20. Juni, 21. Juni, meldet man: Der Kaiser ist am Bord des „Hohenzollern“ in Helgoland gegen 4 Uhr eingetroffen. Die „Hohenzollern“ ist vor dem Einbruch von Ulfen angekommen. Die Ulfen, der Stand und die Strahlen zeigen reiches Flaggenschild. Es herrscht großer Jubel. Der Kaiser reitet am Bord der „Hohenzollern“. Die Gelegenheiten zu Besuchen ist nicht günstig. Die Prinzessin in Friedrich ist mit dem Prinzen Waldemar heute von England wieder in Kiel eingetroffen. Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen sind heute zum Besuche der Kaiserin Friedrich in Cronberg eingetroffen und werden im Laufe des Nachmittags wieder nach Darmstadt zurück. Der Staatssekretär des Innern Dr. Graf v. Bodo ist heute heute mittag vom König Albert in Villa Strobel empfangen. Der Staatssekretär des Reichswirtschafts v. Bodo ist mit dem Geh. Oberpostamtler und dem Direktor im Reichspostamt Sydow in Wien eingetroffen. Dem Generalverwalter des D. Faber hat der Kaiser gelegentlich der Besichtigung zum Zwecke von Berlin den Oberster als Reichsleiter Ober-Postinspektoralrat mit dem Range der Hofräte erster Klasse verliehen.

Nachmal des Thomassch.

Auf das Thomasschiff-Gesellschaft, auf die Beschäftigung der Landwirte, welche durch die Preisveränderung durch den Preisverfall zum Nutzen der Bundeskasse geübt wurde, kommt der „Hannov. Cour.“ mit einigen neuen, die Bundesleitung abermals für eine Kompromittierung der Mitteilungen zurück. Er schreibt nämlich:

Wenigstens hätte unsere Zeitung mitgeteilt, daß die Zeitung des Bundes der Landwirte die Stelle für Thomasschiff seinen Mitgliedern am 15. M. höher bezahle, als dies allgemein geübt, a. B. selbst der „Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“, und daß die Bundeskasse diese „Extravergütung“ von 15 M. per Doppelhaushalt vereinbart habe. In der „Deutschen Tageszeit.“ wurde dann eine Aufzählung der „Korresp. d. B. d. L.“ wiedergegeben, in welcher ein Teil des Preiswechsels mit dem 31. Dez. 1896 in Liquidation getretenen reichlich-wirtschaftlichen Thomasschiff-Fabrikanten veröffentlicht wurde. Der Zweck der Veröffentlichung war augenscheinlich, die ganze Schuld von sich ab und auf die Fabrikanten zu wälzen. Dabei unterließ die Bundesleitung, die von dem Preiswechsel des Geschäftes von den Fabrikanten gemachte Offerte vom 15. Januar 1898 wiedergeben, laut welcher dem Bund die Pflanzung zu einem niedrigeren Grundpreise als 25 M., aber mit nur 30 M. Abzahl., nämlich am 25. M., angeboten wurde. In der Folgezeit wurde die öffentliche Meinung nur, daß dem 15. März ab der Bund der Landwirte beschließt war, zu demselben Preise wie die übrigen Genossenschaften und großen landwirtschaftlichen Vereinigungen zu verkaufen, nämlich zu dem niedrigeren Preise von 24 M., und eine beliebige Nachzahlung bis zum nach Schluß des Jahres seinen Mitgliedern zu gewähren, natürlich unter Beibehaltung der 15 M. Extravergütung für die Bundeskasse. Die „Korresp. d. B. d. L.“ läßt aber nicht unberücksichtigt, daß nach den eigenen Äußerungen der Bundesleitung ca. 1150 Doppelhaushalt zu dem erhöhten Preise von 25 M. per die Mitglieder des Bundes und nur ca. 250 Doppelhaushalt zu dem niedrigeren Preise von 24 M. den Mitgliedern berechnet worden sind. Da nun für den Bund in der Zeit vom 23. Jan. bis 19. März nur ca. 90 Doppelhaushalt abgeleitet worden sind, so ist mit den eigenen Äußerungen des Bundes auf das deutlichste die Minderleistung der Bedingungen unterer Wähler für ca. 1040 Doppelhaushalt oder 7,6 Gesamtjahrbeiträge bewiesen. Von den reichlich-wirtschaftlichen Thomasschiff-Fabrikanten hat der Bund aber nur einen Teil seines Bedarfes bezogen. Von einem anderen Thomasschiff, welches den reichlich-wirtschaftlichen Thomasschiff-Fabrikanten angeboten wird mitgeteilt, daß dieses Werk den Mitgliedern des Bundes das Thomasschiff ebenfalls zu einem höheren Grundpreise habe in Rechnung stellen müssen. Wenn ferner die „Korresp. d. B. d. L.“ behauptet, daß der zwischen den Fabrikanten und dem Bund bestehende Vertrag im § 9 bestimmt, daß an Rückvergütung den Mitgliedern nur 200 Centner nur 10 M. gewährt werden sollen, so ist dies zurecht, aber die Bundesleitung verschweigt dies, daß ihr nach demselben Paragraphen das Recht zusteht, den Rest als Anrechnung für Ende an Schluß des Jahres abzuschließen. Das haben also nicht die Fabrikanten den Bund abgeben, seinen Mitgliedern Rückvergütung zu gewähren. Nach dem Vertrage zwischen den Fabrikanten und der Bundesleitung war letztere berechtigt, den gesammelten entfallenden Abzahl. (Konting. Extravergütung) in Form der Anrechnung nach Schluß des Jahres seinen Mitgliedern zurückzuerstatten. Nach den Veröffentlichungen der „Deutschen Tageszeit.“ sind aber nur 10 M. den einzelnen Vertrauensmännern des Bundes als Honorar für die Zusammenstellung von Sammelbeiträgen 5 M. rückvergütet worden. In letzterem ist es schließlich doch es die Bundesleitung schuldig sein soll, den Preis von 27 M. auf 25 M. herabzurufen, dem durch die einigangs erwähnte Offerte der Fabrikanten vom 15. Januar wird bewiesen, daß die Fabrikanten bereit zur Eintritte in die Vertragsverhandlungen den vorliegenden Preis von 27 M. auf 24 M. herabgesetzt hatten. Am kürzesten ist bemerkt, daß die bisherigen Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit nicht durch die Fabrikanten veranlaßt wurden.“

Der Bund der Landwirte“ verbreitet mit Hilfe des „Wolffschen Bureau“ folgende profunde Notiz:

„In den Veröffentlichungen, die durch die deutsche Tagespresse lauten und eine summarische Lebenszeit über die bisher feststehenden Wahlverhältnisse bieten, findet man nur einen Knäuel des Bundes der Landwirte aufgeführt, der in ersten Wahlzuge glatt zum Siege gekommen. Dies wird nun häufig so ausgelegt, als ob die agrarische Bewegung, die durch den Bund der Landwirte vertreten wird, bei dem bisherigen Wahlkampfe nur einen sehr geringen Erfolg gehabt habe. Dem gegenüber ist festzustellen, daß in nicht weniger als 66 Wahlkreisen Kandidaten im ersten Wahlzuge den Sieg errungen haben, die vom Bund der Landwirte unterstützt wurden und sich daher zu ihnen zählen lassen. (1) Ferner stehen in 95 Wahlkreisen Sitzen, die ebenfalls ein hundertfaches Kandidat in diesem Sinne in Betracht kommt. (2) Es wird allgemein bekannt sein, daß der Bund der Landwirte nur in den Wahlkreisen eine eigene, rein landwirtschaftliche Kandidatur aufgestellt hat, in denen die ihm vollständig nahestehenden Parteien keine oder eine ihm im agrarischen Sinne nicht unüberflüssig genug scheinende Berücksichtigung angedeihen lassen. (3) Es kann dieses Ergebnis nicht aufzufassen, in Gegenstand, daß dieses Resultat ein Ergebnis der Erfolge der deutschen Agrarbewegung (Ma na) bei den diesmaligen Reichstagswahlen hierin erblickt werden.“

Wahlbewegung. Gefällig wie in Jena, wo sich die freisinnigen Wähler zu Gunsten der Sozialdemokraten gegen die Nationalliberalen in Hoffmann erklärt haben, kleinere die Stichwahl-Chancen der Nationalliberalen auch anderwärts nennentlich in Baden sehr schlecht zu liegen. Die Sozialdemokraten in Mannheim bestreiten, in Konstanz, Donaueschingen und Heidelberg für das Centrum einzutreten gegen die Nationalliberalen. Die Antikenten beschließen in Heidelberg Wahlkreis gleichfalls, für das Centrum gegen die Nationalliberalen zu stimmen. Der demokratisch-freisinnige „Mannheimer Anzeiger“ in Mannheim schreibt dagegen im Hinblick auf bestige Angriffe des Mannheimer Centrumsorgans: „Das höchste Organ des Centrums nimmt das Mannheimer Wahlresultat zum Anlaß, um die Demokraten und Freisinnigen in schärfster Weise zu schmähen und zu beschimpfen. Wir bitten unsere Parteifreunde in Konstanz, Donaueschingen und Heidelberg, hiervon Kenntnis zu nehmen (d. h. für den Nationalliberalen zu stimmen).“

Eine eigenartige Haltung nimmt das Centrum in Schleien angedeutet der Sitzwahlen zwischen Freisinn und Konservativen ein. Es beschloß in Dresden-Land, Waldenburg und Olgau für die Konservativen und in Leipzig und Götting für die Freisinnigen Kandidaten einzutreten. In Olgau wird Wahlenthaltung empfohlen. Das ist der Äußerung Kopp's. In Götting und Leipzig darf das Centrum freisinnig wählen, weil dort Sozialdemokraten in der Stichwahl stehen und der Freisinn auch abnehmend liegen würde, in Olgau aber muß konservativ gewählt werden, damit der Freisinn verdrängt werde. Diefelbe Haltung vertrat das Centrum auch in Olgau, wenn es die Wahlenthaltung empfahl, denn dort sind die Konservativen allenfalls genug, den freisinnigen Volksparteiler Centrumspresse zu dieser „Wahlverwirrung“ zu verleiten. In Götting, dem Umkreise Dr. Baumgarten, fand ein antirepublikanische Berührungung der Centrumskandidaten des Olgauer Wahlkreises statt, in welcher Mantele unter starken Anschuldigungen gegen die Freisinnigen die Worte ausging, in der Stichwahl für den konservativ-agrarischen Kandidaten zu stimmen.

Wahlbewegung und Reichsfrage. Ganz fast längerer Zeit in Hamburg sich aufstellende Marmor monumentale aus Nord und von den Behörden aufgegeben worden. Schluß und Kirche. Die Ausführung der vom Landtage angeordneten Barockrestoration der Kirche, so weit sie dem Verwaltungsverfahren zuzuführen, wird in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

Anzeigen

worben die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., welche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von weiteren 10 Pf. für den Brief und 10 Pf. für den Anzeigen-Expeditionen angenommen. Bestellen die Seite 60 Pf. Erhalten möglichst prompt! Sonntags und Feiertagen einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

nehmen müssen. Aus dem „Hannov. Cour.“ ergibt sich, daß die Fabrikanten dem Bund acht Tage vor dem von Herrn Dr. Köstke unterzeichneten Abkommen vom 23. Jan. 1898, nämlich am 15. Jan., ein Anbieten gemacht hatten, das für die Mitglieder von Thomasschiff offenbar vorteilhafter, für die Bundeskasse aber weniger vorteilhaft war, als die unter dem 23. Jan. abgeschlossene Vereinbarung. Weiter erzählt man aus dem obigen neuen Mitteilungen, daß ein anderes Thomasschiff die Preisveränderung ebenfalls auf zu veranlassen „müssen“ — was doch wohl heißen soll: auf Verlangen der Bundesleitung. Ferner zeigt sich, daß diese nicht verpöndert gewesen wäre, den besprochenen Abzahl., welcher sich für die Bundeskasse aus der angeblich von den Fabrikanten veranlaßten Preisveränderung ergab, den Besiegten am Jahreslohn vollständig auszugeben, was aber offenbar nicht geschehen ist.

Parteilichkeiten.

Ueber große Parteien und wirtschaftliche Gruppen schreibt die „Post“:

Was wir brauchen, sind große Parteien, mit denen erstlich und auf die Dauer gerechnet werden kann. Im wirtschaftlichen Programm allein können sich solche schon deshalb nicht bilden, weil die Interessengruppen in Deutschland viel zu zahlreich und kompliziert sind. Gerade der Kampf um wirtschaftliche Fragen, der einzeln und allein in den Vordergrund gestellt wird, regnet. In der Praxis ist es, daß sich der Kampf um diese Fragen nicht auf die rein politischen Grundlagen und der ganzen Tradition unserer Parteilebens mehr Rechnung getragen werde. So wichtig die ganz Deutschland heute bewegenden Wirtschaftsfragen auch sind, so brauchen sie doch, an und für sich betrachtet, durchaus nicht dazu zu führen, den Gegensatz der alten Parteien zu sprengen. Auf dem Boden der konservativen Weltanschauung beispielsweise ist eine prinzipielle und einheitliche Lösung dieser Fragen weit eher möglich als in rein um wirtschaftlicher Grundlage angelegten Fraktionen, denen diese einheitliche Weltanschauung fehlt, und die deshalb viel leichter in Gefahr kommen, tabulieren, die konservativen Grundlagen des politischen Lebens verlegenden Elementen für und für zu öffnen.“

Wir können uns diese Auslosung, natürlich unter entsprechender Bezugnahme auf die liberale Weltanschauung, nur aneignen. Es bedarf in der That der feinen wirtschaftlichen Gruppenbildungen nicht, sondern die von diesen zu erwerbenden Fragen können und sollen vom Boden der liberalen Grundanschauung aus gelöst werden.

Der Bund der Landwirte“ verbreitet mit Hilfe des „Wolffschen Bureau“ folgende profunde Notiz:

„In den Veröffentlichungen, die durch die deutsche Tagespresse lauten und eine summarische Lebenszeit über die bisher feststehenden Wahlverhältnisse bieten, findet man nur einen Knäuel des Bundes der Landwirte aufgeführt, der in ersten Wahlzuge glatt zum Siege gekommen. Dies wird nun häufig so ausgelegt, als ob die agrarische Bewegung, die durch den Bund der Landwirte vertreten wird, bei dem bisherigen Wahlkampfe nur einen sehr geringen Erfolg gehabt habe. Dem gegenüber ist festzustellen, daß in nicht weniger als 66 Wahlkreisen Kandidaten im ersten Wahlzuge den Sieg errungen haben, die vom Bund der Landwirte unterstützt wurden und sich daher zu ihnen zählen lassen. (1) Ferner stehen in 95 Wahlkreisen Sitzen, die ebenfalls ein hundertfaches Kandidat in diesem Sinne in Betracht kommt. (2) Es wird allgemein bekannt sein, daß der Bund der Landwirte nur in den Wahlkreisen eine eigene, rein landwirtschaftliche Kandidatur aufgestellt hat, in denen die ihm vollständig nahestehenden Parteien keine oder eine ihm im agrarischen Sinne nicht unüberflüssig genug scheinende Berücksichtigung angedeihen lassen. (3) Es kann dieses Ergebnis nicht aufzufassen, in Gegenstand, daß dieses Resultat ein Ergebnis der Erfolge der deutschen Agrarbewegung (Ma na) bei den diesmaligen Reichstagswahlen hierin erblickt werden.“

Wahlbewegung.

Gefällig wie in Jena, wo sich die freisinnigen Wähler zu Gunsten der Sozialdemokraten gegen die Nationalliberalen in Hoffmann erklärt haben, kleinere die Stichwahl-Chancen der Nationalliberalen auch anderwärts nennentlich in Baden sehr schlecht zu liegen. Die Sozialdemokraten in Mannheim bestreiten, in Konstanz, Donaueschingen und Heidelberg für das Centrum einzutreten gegen die Nationalliberalen. Die Antikenten beschließen in Heidelberg Wahlkreis gleichfalls, für das Centrum gegen die Nationalliberalen zu stimmen. Der demokratisch-freisinnige „Mannheimer Anzeiger“ in Mannheim schreibt dagegen im Hinblick auf bestige Angriffe des Mannheimer Centrumsorgans: „Das höchste Organ des Centrums nimmt das Mannheimer Wahlresultat zum Anlaß, um die Demokraten und Freisinnigen in schärfster Weise zu schmähen und zu beschimpfen. Wir bitten unsere Parteifreunde in Konstanz, Donaueschingen und Heidelberg, hiervon Kenntnis zu nehmen (d. h. für den Nationalliberalen zu stimmen).“

Eine eigenartige Haltung nimmt das Centrum in Schleien angedeutet der Sitzwahlen zwischen Freisinn und Konservativen ein. Es beschloß in Dresden-Land, Waldenburg und Olgau für die Konservativen und in Leipzig und Götting für die Freisinnigen Kandidaten einzutreten. In Olgau wird Wahlenthaltung empfohlen. Das ist der Äußerung Kopp's. In Götting und Leipzig darf das Centrum freisinnig wählen, weil dort Sozialdemokraten in der Stichwahl stehen und der Freisinn auch abnehmend liegen würde, in Olgau aber muß konservativ gewählt werden, damit der Freisinn verdrängt werde. Diefelbe Haltung vertrat das Centrum auch in Olgau, wenn es die Wahlenthaltung empfahl, denn dort sind die Konservativen allenfalls genug, den freisinnigen Volksparteiler Centrumspresse zu dieser „Wahlverwirrung“ zu verleiten. In Götting, dem Umkreise Dr. Baumgarten, fand ein antirepublikanische Berührungung der Centrumskandidaten des Olgauer Wahlkreises statt, in welcher Mantele unter starken Anschuldigungen gegen die Freisinnigen die Worte ausging, in der Stichwahl für den konservativ-agrarischen Kandidaten zu stimmen.

Wahlbewegung und Reichsfrage. Ganz fast längerer Zeit in Hamburg sich aufstellende Marmor monumentale aus Nord und von den Behörden aufgegeben worden. Schluß und Kirche. Die Ausführung der vom Landtage angeordneten Barockrestoration der Kirche, so weit sie dem Verwaltungsverfahren zuzuführen, wird in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

für Stettin hat die freisinnige Volkspartei beschlossen, für Stettin in der Stichwahl zu stimmen. Auch der konservativ-kandidat Mühlhölzer hat seine Wähler aufgefordert, für die freisinnige Vereinigung einzutreten. Krömel dürfte diese sich zurück erobert.

Wie aus Stidestelm berichtet wird, hat eine dort abgehaltene Versammlung der national-liberalen Vertrauensmänner einstimmig beschlossen, in der Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokraten für letzteren, als das kleinere Uebel, einzutreten.

Aus S. d. h. a. M., wo die Centrumspartei mit den Sozialdemokraten in der Stichwahl sich befindet, wird berichtet, daß auf Grund von dem von verdienstlichen Abgeordneten der Nationalliberalen beschlossenen, einmütig bis das Centrum einzutreten. Das bedeutet die Vertreibung des bisherigen sozialdemokratischen Abg. Krieger.

Der hessische „Allgemeine Anzeiger“ brachte gestern einen offiziellen Artikel, in welchem die Information weißer Blätter zurückgegeben wird, die bekannte Erklärung der Regierung und des Landtages zur Tron folgefrage bezug gegen die wirtsch. Vereinigungen seien darauf gerichtet sein würde und daß man daher an der mit der Regierung sich die ihrer schon in v. S. und neuerdings wieder erfolgten Stellungnahme bezüglich von der Regierung seien lassen, daß die von den wirtsch. Vereinigungen ertriebene Aktion des Herzogtums nicht mehr, wohl aber die Interessen des Landes und mittelbar auch die des Reiches zu beeinträchtigen geeignet sein würde und daß man daher an der mit der Regierung im Einklang stehen gegenwärtigen Stellung der Regierung festhalten müsse. Der aus eigener Initiative erfolgte Erklärung des Landtages habe die berechtigte Erwähnung zu Grunde gelegen, Stellung gegenüber der lebhaften Bewegung der Wähler, die das Fremden bei Seite zu lassen und bei den Stichwahlen einmütig gegen die Sozialdemokratie zusammen zu treten.

Das amtliche Wahlergebnis in Alt-Wartenberg stellt fest, daß v. Kardorff nur mit zwei Stimmen Majorität gewählt worden ist. Die Wahl wird jedoch als angefallen betrachtet.

In den Militärverhältnissen zu Spandau sind in voriger Woche zwei Rekruten sofort entlassen worden, weil sie nachweislich für die Sozialdemokratie agitatistisch thätig gewesen sind.

Der Oberverwalter von Metzgerheim in Dantsch, der älteste Kapitän zur See, erhält demnach unter Ernennung zum Kommandanten ein überseeisches Kommando. In Maritimenkreisen jedoch man sich mit großer Bestimmtheit, daß v. Metzgerheim, bei dem Befehl der Kaiserin, wenn er in Dantsch, jetzt ebenfalls Wohnung nimmt, zur Ablösung des Prinzreg. Reichard ansetzen ist und deshalb ein Kommando vor Konstantinopel und zwar für weitere zwei Jahre, erhalten dürfte.

Zusammen der türkischen Kriegsverwaltung mit Direktor Melle von den deutschen Waffens- und Munitionsfabrikanten ist ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher die Lieferung von 200 Millionen Metallpatronen zum Gegenstande hat. Der Vertrag beläuft sich auf 21 Mill. M. Das Ausgabekontingent des Vertrages ist von mehreren hochgelehrten Maritimen von Vizekapitän in jeder Weise gelobt worden. Als Direktor Melle gelegentlich mit dem Volkspartei auf der Seeküste sich befindet, wurde er unterzogen durch ein Telegramm im Auftrag des Sultan nach Konstantinopel zurückzurufen. Jetzt handelt es sich gutem Vernehmen nach um den Abschluß eines zweiten Vertrages wegen großer Geschwulstformen. Beide Aufträge stellen eine Gesamtsumme von 35 Mill. M. dar.

Die von dem Kaiser anlässlich seines Regierens Jubiläums den 3. Juni d. J. verliehenen neuen Orden sind am 20. Juni im Hofgarten in Halle eingetroffen. Die neue Krone, die etwa drei Viertel Länge des Kaiserlichen Ordens hat und etwas breiter ist, wird in einer Lederhülle mit metallenen Drähtchen getragen. Am Kopf befindet sich der Griff des Kaiserlichen Ordens mit den Kaiserlichen Wappenstein. Analog den Seitenansichten steht dieser neue Orden in einer Silberhülle, die an dem ledernen Lederhülle befestigt ist.

Der Dampfer „Darmstadt“ des Norddeutschen Lloyd, mit der Ablösung von Orlan an Bord, ist am 21. Juni in Schanghai eingetroffen und beabsichtigt am 22. Juni nach Manila in See zu gehen. — S. M. E. „Doreis“ ist am 21. Juni von Konstantinopel nach Dresden in See gegangen.

Wahlwirtschaftliches.

Am 1. Juni d. J. wurde in Halle die Wahlverteilung im Deutschen Reich 408 Aufzählung mit Wählerverteilung gegeben 402 im Jahre 1897. Davon entfallen 312 auf Preußen, 32 auf Braunschweig, 25 auf Württemberg, 12 auf Baden. Die eine neue Statistik ist in Halle erschienen. Für die Statistik im Jahre 1898 ist im Jahre 1898 im Jahre 1897. Die Wählerverteilung hat sich demnach im laufenden Jahre gegenüber dem Vorjahre um mehr als 10,000 verändert. Die Einbürgerung erhöht sich ziemlich gleichmäßig auf die hauptsächlich an der Ruhrproduktion beteiligten Staaten. In Preußen sind 388,552 ha gegen 384,555 im Jahre 1897 mit Wählern beplant.

Wahlbewegung und Reichsfrage.

Ganz fast längerer Zeit in Hamburg sich aufstellende Marmor monumentale aus Nord und von den Behörden aufgegeben worden.

Schluß und Kirche.

Die Ausführung der vom Landtage angeordneten Barockrestoration der Kirche, so weit sie dem Verwaltungsverfahren zuzuführen, wird in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

Schluß und Kirche.

Die Ausführung der vom Landtage angeordneten Barockrestoration der Kirche, so weit sie dem Verwaltungsverfahren zuzuführen, wird in nächster Zeit in Angriff genommen werden.





